

Erklärung von Willy Brandt: Auszug über die Erweiterung der Gemeinschaften (Den Haag, 1. Dezember 1969)

Legende: Bei der Eröffnung der Haager Gipfelkonferenz, am 1. Dezember 1969, bekräftigt Bundeskanzler Willy Brandt die Notwendigkeit, konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zu treffen.

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1970, Nr. 2. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willy_brandt_auszug_uber_die_erweiterung_der_gemeinschaften_den_haag_1_dezember_1969-de-92fef8be-d4c4-4332-811c-3e60a7f1271d.html

Publication date: 23/10/2012

Erklärung von Willy Brandt (Den Haag, 1. Dezember 1969)

Wenn es gut stünde um Europa, hätten wir uns heute hier nicht getroffen. Wenn unsere Gemeinschaft bereits mit einer Stimme zu sprechen hätte, dann wäre unser Hauptthema die Außenpolitik: der Frage einer europäischen Friedensordnung, die Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas, unsere Interessen angesichts des Konflikts im Nahen Osten.

Stattdessen wird Erfolg oder Mißerfolg unserer Konferenz mit Recht daran abgelesen werden, ob wir das Schiff der Europäischen Gemeinschaft wieder in ein freies Fahrwasser bringen. Konzentriert auf unsere engeren Probleme werden wir den notwendigen Entscheidungen nicht ausweichen können, damit unsere Mitbürger wieder verstehen, daß Europa mehr ist als eine Frage von Marktordnungen. Und damit die Jugend sieht, daß Europa mehr ist als die Erinnerung an eine düster-gloriose Vergangenheit.

Dabei sind wir uns sicher einig, daß unsere Gemeinschaft kein neuer Block, sondern eine exemplarische Ordnung sein soll, die als Bauelement einer ausgewogenen gesamteuropäischen Friedensordnung taugt. In diesem Sinne sucht die Bundesrepublik Deutschland die Verständigung mit dem Osten in Zusammenarbeit und Abstimmung mit ihren Partnern im Westen.

Die Verbindung, die wir miteinander eingegangen sind, soll unauflöslich sein und immer enger werden. Wenn wir die notwendige Harmonisierung erreichen wollen, müssen wir uns gegenseitig stützen, d. h. wir müssen praktisch Solidarität üben. Für die deutsche Bundesregierung erkläre ich, daß wir dazu bereit sind. Diese Bereitschaft wird von der Zustimmung unserer öffentlichen Meinung getragen.

Aber unsere Öffentlichkeit will natürlich auch wissen, welche Konsequenzen sich aus den europäischen Verpflichtungen für sie ergeben. Wie alle anderen, so muß auch die deutsche Regierung dartun können, daß die von ihr geforderten Leistungen sinnvoll, angemessen und überschaubar sind und daß der mit dem westeuropäischen Zusammenschluß eingeschlagene Weg politisch richtige ist.

Wir setzen uns hier nicht an die Stelle der etablierten gemeinschaftlichen Institutionen. Hier geht es um mehr als um eine angehobene Form der notwendigen Brüsseler Routine.

Deshalb sage ich in allem Freimut: Der Deutsche Bundestag und die öffentliche Meinung meines Landes erwarten, daß ich von dieser Konferenz nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zurückkehre.

[...]